

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 11.10.2022

„Stand der Vorbereitungen für die vorgezogene PRIMO-Testung der Nicht-Kita-Kinder“
(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Welche Vorbereitungen hat der Senat für die PRIMO-Testung der Nicht-Kita-Kinder im Vorwege des Kindergartenjahres 2023/24 getroffen, wann sollen diese stattfinden und welche Rolle nimmt dabei die aufsuchende Testung ein?
2. Wie viele Kitaplätze wurden im laufenden Kindergartenjahr 2022/23 mit vorherigen Nicht-Kita-Kindern besetzt und wie viele stehen im kommenden Kindergartenjahr 2023/24 für Nicht-Kita-Kinder im Rahmen des Brückenjahres zur Verfügung?
3. Welche Möglichkeiten wurden im Zusammenhang mit einer flexiblen und mobilen PRIMO-Testung geprüft, wird diese bereits für die in diesem Herbst anstehende Testung von Nicht-Kita-Kindern zur Verfügung stehen und falls nein, warum nicht?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

In der Stadtgemeinde Bremen laufen aktuell die Vorbereitungen für das Sprachstandfeststellungsverfahren 2022/2023 dahingehend, dass die Nicht-Kita-Kinder in der KW 49/2022 an voraussichtlich 8 Standorten getestet werden. Die Auswertung erfolgt unmittelbar nach der Testung, so dass die Eltern von Kindern mit Sprachförderbedarf rechtzeitig zu Beginn der Kita-Anmeldephase das Ergebnis vorliegen haben werden. Ein aufsuchendes Angebot (Elternberatung im Sozialraum) befindet sich in der Erarbeitung. Eine Beratung zu Sprachförderangeboten für Nicht-Kita-Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf findet im Sozialraum statt. Hierzu werden aktuell Flyer entwickelt und Standorte rekrutiert.

In der Stadtgemeinde Bremerhaven findet aktuell die Datenauswertung zur Ermittlung der Nicht-Kita-Kinder statt. Örtlichkeiten für die Umsetzung der PRIMO-Testung werden geprüft, um sozialraumorientiert Angebote machen zu können. Die Testungen werden Anfang Dezember stattfinden und bis Mitte Dezember abgeschlossen sein. Ein aufsuchendes Angebot befindet sich in der Erarbeitung und wird erst im Folgejahr zur Anwendung kommen können. Bei festgestelltem Sprachförderbedarf bei Nicht-Kita-Kindern findet eine Beratung statt, um Angebote aufzuzeigen.

Zu Frage 2:

Bei der vorgezogenen PRIMO-Testung im Januar 2022 in der Stadtgemeinde Bremen konnte für 134 Nicht-Kita-Kinder ein Sprachförderbedarf festgestellt werden. Davon haben 109 Kinder bis heute einen Vertrag in einer Kita oder eine Zusage.

Zehn weitere Kinder wurden Einrichtungen zur Aufnahme vorgeschlagen, bei denen noch eine Rückmeldung durch die Einrichtung aussteht.

Für 15 Kinder wurde eine Absage erstellt, 12 davon sind von den Eltern ausgegangen.

Für die übrigen Kinder halten die Vermittlungsbemühungen an.

Insgesamt haben von den 469 Nicht-Kita-Kindern aktuell 236 Kinder im laufenden Kita-Jahr einen Vertrag in einer Einrichtung.

In der Stadtgemeinde Bremerhaven wurde im Frühjahr 2022 insgesamt für 30 Kinder eine Anmeldung abgegeben und der Nachweis zum Sprachförderbedarf vom Schulbereich vorgelegt. Diese Kinder wurden, sofern die Eltern mit dem angebotenen Platz einverstanden waren, aufgenommen.

Zu Frage 3:

Eine Umstellung zu einer PRIMO-Testung im Umfeld der zu testenden Kinder ist aufgrund technischer Fragen, die auch die Datensicherheit betreffen, derzeit in beiden Stadtgemeinden nicht umsetzbar. Ferner ist mit den aktuell vorhandenen personellen Ressourcen die dafür notwendige Organisation nicht abbildbar.

Statt der Test-Durchführung vor Ort erscheint eine persönliche Zustellung der Einladungsbriefe zum Nachtest als vielversprechend, wie sich im aktuellen Durchgang in der Stadtgemeinde Bremen gezeigt hat. Durch die persönliche Ansprache der Eltern konnte die Bedeutung der Teilnahme am PRIMO-Test vermittelt werden und führte dazu, dass Eltern, die persönlich angetroffen wurden, in der Regel mit den Kindern zur Testung erschienen sind. Allerdings ist bei der aufsuchenden Elternberatung auch deutlich geworden, dass nicht alle Kinder im Verfahren ausfindig gemacht werden konnten (z.B. keine beschriftete Klingel oder Briefkasten). Ergänzend ist daher der Aufbau von Beratungsstrukturen im Sozialraum erforderlich. Auch in Bremerhaven soll ein aufsuchendes Angebot ab dem nächsten Jahr stattfinden (vgl. Frage 1).

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Genderspezifische Auswirkungen ergeben sich nicht.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Abstimmung mit dem Magistrat der Stadt Bremerhaven ist erfolgt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Der Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 26.09.22 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der GRÜNEN in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.